

**Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Der Generalstaatsanwalt
Zeil 42
60313 Frankfurt am Main**

**Antrag
auf Gewährung einer Entschädigung
als Opfer einer von einem Gefangenen oder
Insassen des Maßregelvollzugs
begangenen Straftat**

Antragsteller/in:

.....
(Name, Vorname, ggf. Geburtsname)

.....
(Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland)

.....
(PLZ, Wohnort, Straße, Hausnummer)

.....
(Staatsangehörigkeit)

.....
(Familienstand)

.....
(Beruf bzw. ausgeübte Tätigkeit)

.....
(Nummer, Ausstellungsdatum und Ausstellungsbehörde des Personalausweises oder sonstigen Personaldokuments)

Bankverbindung:

.....
(Kontonummer, Geldinstitut, Bankleitzahl)

Sachverhaltsschilderung:

(Bitte beschreiben Sie das schädigende Ereignis möglichst genau und geben Sie Tatzeit und Tatort an. Falls erforderlich verwenden Sie ein gesondertes Blatt.)

Der Vorfall ist von folgender Polizeidienststelle aufgenommen worden:

(Aktenzeichen angeben, falls bekannt)

.....

Mit dem Sachverhalt ist bereits die Staatsanwaltschaft bzw. ein Gericht befasst. ja / nein

(ggf. Sitz der Behörde bzw. des Gerichts und Aktenzeichen angeben, falls bekannt)

.....

Ich habe folgende Schäden erlitten:

(Körper- und Sachschäden angeben und sämtliche für die Bearbeitung des Antrags wichtigen Dokumente wie z.B. Arztrechnungen, Kostenvoranschläge, Versicherungsunterlagen, Schriftverkehr in Ablichtung beifügen)

Es wurden bereits Schadensersatz- und/oder Schmerzensgeldansprüche geltend gemacht. ja / nein

Gegen folgende Personen:

.....
(Name und Anschrift angeben, soweit bekannt)

Gegen folgende Versicherungen:

.....
(Name, Anschrift und Versicherungsnummer angeben, soweit bekannt)

Ich habe bereits Zahlungen erhalten. ja / nein
(ggf. Grund und Höhe angeben)

Ich habe bereits einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung meiner Interessen beauftragt. ja / nein
(ggf. Name und Anschrift des Rechtsanwalts angeben)

.....

Ich entbinde den Rechtsanwalt von seiner Schweigepflicht; er ist befugt, gegenüber dem Generalstaatsanwalt Auskünfte zu erteilen, soweit sie die Geltendmachung von Schadensersatz- und Schmerzensgeldforderungen gegen Dritte aus dem schädigenden Ereignis betreffen.

Mir ist bekannt, dass die Entscheidung über die Gewährung und Bemessung der Leistungen nach Billigkeitsgrundsätzen erfolgt und ein Rechtsanspruch nicht besteht.

Für den Fall, dass Zahlungen erfolgen, trete ich meine gleichartigen Ansprüche auf Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens gegen Dritte, insbesondere den/die Schädiger oder Versicherungen, an das Land Hessen (Justizverwaltung) in dem Umfang, in dem Ersatz geleistet wird, ab.

Ich versichere, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen. Das Merkblatt zur Entschädigung von Opfern von Straftaten durch Gefangene habe ich zur Kenntnis genommen.

Mir ist bewusst, dass falsche Angaben in diesem Antrag die Pflicht zur Rückerstattung der Entschädigung begründen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)